

Programm zur Kommunalwahl 2019 der Afd im Kreis Lörrach

1 GESUNDHEIT

2 **Volksentscheid über das Zentralklinikum**

3 Wir fordern Volksentscheide über kommunale
4 Großprojekte. Keine Kompromisse, wenn es
5 um unsere Gesundheit geht! Bei der
6 vorgesehenen Zusammenlegung von vier
7 Krankenhäusern, im ländlichen Raum, werden
8 die Wege für fast alle länger. Die Distanz zum
9 Krankenhaus kann im gesundheitlichen
10 Notfall über Leben und Tod entscheiden. Die
11 dadurch vermehrt nötig werdenden
12 Hubschrauber-Einsätze werden die
13 Kommunen und Krankenkassen zusätzlich
14 belasten. Ungeachtet dessen ist der Anschluss
15 an den ÖPNV nicht gegeben, es besteht hier
16 nicht einmal ein Bahnanschluss und die
17 abgelegene Lage erschwert auch den
18 Angehörigen den Krankenbesuch. Selbst die
19 Baukosten, aktuell auf 239 000 000 €
20 angesetzt, stehen in keinem Verhältnis zu den
21 beschworenen Vorteilen jener Zentralisierung.
22 Wir befürchten hier auch eine Sprengung des
23 Kostenrahmens. Anstelle die medizinische
24 Versorgung zu verbessern, verschärft dies
25 lediglich die prekäre gesundheitliche
26 Versorgung auf dem Land. Staatliche
27 Prestigebauprojekte haben in der jüngeren
28 bundesdeutschen Geschichte selten gehalten,
29 was sie versprochen, vor allem, wenn
30 Einsparungen ins Feld geführt wurden.

31 **Hilfsfristen einhalten!**

32 Die notärztliche und rettungsdienstliche
33 Versorgung der Bevölkerung wird sich nach
34 dem Wegfall von vier Krankenhäusern
35 drastisch verschlechtern. Schon heute
36 überschreiten die Ersthelfer im Kreis die
37 gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen.
38 Demnach sollten die Rettungskräfte in 95%
39 der Fälle innerhalb von 15 Minuten vor Ort
40 sein. 2015 gelang dies nur in 87,4% der Fälle.
41 In Anbetracht dessen, sollte die
42 rettungsdienstliche Bereitschaft wieder in
43 kommunaler Hand vereint werden, um der
44 Personalnot des DRK Herr zu werden.

48 **Ärztmangel bekämpfen!**

49 Ob niedergelassener Arzt, oder notärztlicher
50 Bereitschaftsdienst, es herrscht Mangel auf
51 dem Land. Die Folgen sind: lange
52 Wartezeiten, eine unzureichende Versorgung
53 und die Überschreitung der Hilfsfristen. Wir
54 unterstützen Bemühungen, die
55 Zugangsbeschränkungen des Medizin-
56 Studiums zu senken und kommunale
57 Patenschaften für Medizin-Studenten
58 einzugehen, welche sich zur Übernahme oder
59 Eröffnung einer ländlichen Praxis
60 verpflichten. Gegebenenfalls könnte sich der
61 Kreis an den Mietkosten beteiligen.

62 **Pflegenotstand beenden**

63 Die Privatisierung der Pflege war ein Irrweg.
64 Wir fordern einen höheren Mindestlohn und
65 unterstützen die Wiedereinsetzung der Wehr-
66 und Dienstpflicht. Die Privatisierung von
67 Altenpflegeheimen hat zu erheblichen
68 Personalengpässen geführt, da die Pflege-
69 fachkräfte nicht mehr unter den „Tarif-vertrag
70 für den Öffentlichen Dienst“ fallen. Die
71 aktuelle Unterbesetzung, und die
72 obligatorischen Überstunden von 1-2 Std. pro
73 Tag, verschärfen die Situation durch
74 Erkrankung der Mitarbeiter. Pflegeschlüssel
75 müssen erhöht, und unnötige Verwaltungs-
76 und Dokumentationspflichten sinnvoll
77 reduziert werden. Für uns ist Pflege nicht
78 gewinnorientiert. Marktlücken sollte der Kreis
79 wieder mit Eigenbetrieben decken.

80 **Vertretung von Pflegekräften**

81 Wir setzen uns für die Schaffung einer
82 geeigneten Vertretung durch eine
83 Landespflegekammer, analog zur
84 Landesärztekammer, ein.

85 **Ehrliche Kontrolle von Pflegeheimen**

86 Wie die Schließung des Pflegestifts Dr. Max
87 Picard durch die kommunale Heimaufsicht im
88 Jahr 2018 gezeigt hat, ist die angekündigte
89 jährliche Pflegeheimkontrolle durch den

90 Medizinischen Dienst der Krankenkasse
 91 unzureichend und geht zu Lasten der
 92 Pflegebedürftigen. Diese Aufsichtsbehörde
 93 kontrolliert lediglich die sachgemäße
 94 Dokumentation und vergibt im Landkreis
 95 Noten von 1,0-1,4. Es sollte ein Online-Portal
 96 eingerichtet werden, ähnlich der
 97 Krankenhausbewertungsportale, in welchen
 98 Angehörige Heime bewerten können. Zudem
 99 sollten die Kontrollen unangekündigt, und in
 100 unterschiedlichen Abständen, durch die
 101 kommunale Heimaufsicht erfolgen.

102 Hebammensterben entgentreten

103 Wir treten für eine Aufwertung des
 104 Hebammenberufs ein. Niedrige Fall-
 105 pauschalen von 195€ pro Geburt, Haft-
 106 pflichtprämien von 8200€ im Jahr (2010 noch
 107 3700€) machen den Beruf immer
 108 unattraktiver. Bereits heute ist das
 109 Geburtsortwahlrecht in den wenigsten Fällen
 110 noch gewährleistet, da Geburten fast nur noch
 111 in Krankenhäusern durchgeführt werden
 112 können. Auch diese sind von
 113 Zusammenlegung, aufgrund niedriger
 114 Fallpauschalen, betroffen. Wir lehnen eine
 115 von Gesundheitsminister Spahn geplante
 116 Akademisierung des Hebammenberufs ab.
 117 Stattdessen fordern wir höhere
 118 Fallpauschalen, weniger Dokumentations-
 119 pflichten und eine tolerable Obergrenze von
 120 Haftpflichtprämien für Hebammen. Sollte dies
 121 auf Bundesebene nicht erreicht werden,
 122 übernimmt der Kreis die Differenz.

123 SICHERHEIT & ORDNUNG

124 **Kommunalen Ordnungsdienst und** 125 **Polizeivollzugsdienst stärken**

126 Zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten
 127 und weiterer Kleindelikte, im Aufgabengebiet
 128 des Landkreises, brauchen die Städte und
 129 Gemeinden einen effizienten kommunalen
 130 Ordnungsdienst, auch
 131 Gemeindevollzugsdienst genannt. Wir setzen
 132 uns in diesem Bereich für mehr
 133 Personalstellen ein. Wir begrüßen
 134 ausdrücklich die Ankündigung des
 135 Innenministeriums, landeseinheitliche Stan-
 136 dards zur Ausbildung, Ausrüstung und
 137 Dienstkleidung der gemeindlichen Vollzugs-
 138 bediensteten festzulegen. Gleichzeitig sind die

139 Städte und Gemeinden auf einen starken
 140 Polizeivollzugsdienst durch das Land
 141 angewiesen. Die Polizei leistet in unserer
 142 Region eine hervorragende Arbeit, arbeitet
 143 jedoch an der Belastungsgrenze. Alleine auf
 144 dem Gebiet des Freiburger Polizeipräsi-
 145 diums fielen 2017 rund 122 000 Über-
 146 stunden an, diese sind das Ergebnis der
 147 unverantwortlichen Sparpolitik der letzten
 148 Jahre. Da die Kriminalität im Kreis Lörrach
 149 nach wie vor hoch ist, fordern wir über den
 150 Kreistag mehr Stellen in den Revieren und
 151 Dienststellen der Polizei.

152 **Videüberwachung an Risikoplätzen**

153 Die Polizei setzt immer wieder
 154 Kriminalitätsschwerpunkte in den Städten
 155 fest. Wir befürworten diese Praxis und
 156 fordern, dass an diesen Orten – sofern noch
 157 nicht vorhanden – eine Videoüberwachung
 158 eingesetzt wird.

159 **Grenzkontrollen**

160 Erfahrungen mit Kontrollen an den
 161 deutschen Außengrenzen zeigen, dass diese
 162 effektiv und wirkungsvoll sind. Dadurch
 163 kann die Einreise krimineller Straftäter in
 164 den Landkreis verhindert, und die
 165 Vollstreckung offener Haftbefehle
 166 ermöglicht werden. Der Kreistag muss
 167 Druck auf Bund und Land ausüben, damit
 168 wieder verstärkt Kontrollen an unseren den
 169 deutschen Außengrenzen stattfinden.

170 **Sicherheit im Bahnverkehr**

171 Wir setzten uns für eine Personal-
 172 aufstockung der Bundespolizei entlang von
 173 Bahnstrecken ein. Viele Bahnhöfe, Rad-
 174 wege und Straßen im Landkreis sind nicht,
 175 oder nur schlecht beleuchtet. Hier muss
 176 dringend Abhilfe geschafft werden, um das
 177 Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken.

178 **Kein Steuergeld für Extremisten**

179 Finanzielle Zuschüsse, durch den Kreis oder
 180 die Kommunen, sollen nur jene Vereine und
 181 Organisationen erhalten, welche
 182 uneingeschränkt auf dem Boden der
 183 freiheitlichen demokratischen Grund-
 184 ordnung stehen. Die begünstigten Vereine
 185 sollen vor Erhalt der entsprechenden
 186 Zuschüsse eine Erklärung zur Ver-
 187 fassungstreue unterschreiben. Somit wird

188 sichergestellt, dass keine Steuergelder an
189 verfassungsfeindliche Vereine fließen.

190 **Ausländerkriminalität bekämpfen**

191
192 42 % der Straftaten im Landkreis wurden
193 2017 von Personen nichtdeutscher
194 Staatsangehörigkeit begangen, bei einem
195 Anteil von 14% an der
196 Gesamtbevölkerung (2016).
197 Eingerechnet sind hierbei nicht-deutsche
198 Staatsangehörige mit
199 Migrationshintergrund. Wie sich leicht in
200 der PKS ablesen lässt, ist die
201 Straffälligkeit, und somit auch das
202 Integrationsgelingen, eng an die Herkunft
203 der Migranten gekoppelt. Dies zeigt, dass
204 die Integration vieler Menschen aus
205 vorrangig islamischen Staaten gescheitert
206 ist. Wer in Deutschland Straftaten begeht,
207 muss mit der ganzen Härte des Gesetzes
208 bestraft, und nicht von einer Kuscheljustiz
209 empfangen werden.

210 **Abstand zur Faith-Moschee**

211 Die Faith-Moschee, übersetzt: Eroberer-
212 Moschee, in Lörrach wird derzeit wegen
213 konkreter Anhaltspunkte für Bestrebungen
214 gegen die freiheitlich demokratische
215 Grundordnung vom Landesamt für Verfas-
216 sungsrecht beobachtet. Jede Form von
217 Zusammenarbeit, oder Unterstützung dieser
218 Moschee durch Lörracher
219 Gemeinderatsgremien, wie beispielsweise
220 der „Internationalen Kommission“, muss
221 beendet werden. Auch kritisieren wir die
222 vergangenen öffentlichkeitswirksamen
223 Besuche der Faith-Moschee durch den
224 ehemaligen Lörracher Bürgermeister Wilke
225 auf das Schärfste. Für so etwas haben wir
226 kein Verständnis!

227 Träger der Moschee ist die islamische
228 Bewegung Millî Görüş, welcher vom
229 Verfassungsschutz islamistische, antisemi-
230 tische und antidemokratische Tendenzen
231 bescheinigt werden.

232 Wir fordern daher, dass keine städtischen
233 Grundstücke an radikalislamische Vereine
234 verkauft oder übergeben werden. Die
235 Religionsfreiheit darf nicht für Extremismus
236 missbraucht werden.

237 **Einschränkung der Bewegungsfreiheit** 238 **für kriminelle Asylbewerber**

239 Ähnlich wie Hooligans im Fußball ein
240 zeitweises Platzverbot ausgesprochen werden
241 kann, fordern wir, dass auch auffällig
242 gewordenen Asylbewerbern die
243 Bewegungsfreiheit konsequent eingeschränkt
244 wird. Dies kann z.B. für öffentliche Plätze und
245 Innenstädte gelten.

246 **Medizinische Altersüberprüfung der** 247 **minderjährigen Asylbewerber**

248 Zahlreiche bundesweite Fälle, wie z.B. auch
249 der grausame Mord von Hussein K. in
250 Freiburg, oder der Mord an Mia in Kandel
251 haben aufgezeigt, dass die Altersangaben von
252 minderjährigen, unbegleiteten „Flüchtlingen“
253 (UMA's) oftmals nicht korrekt sind. Wir
254 fordern daher die Beweislast umzudrehen und
255 eine umgehende medizinische
256 Altersüberprüfung aller im Landkreis
257 betreuten unbegleiteten minderjährigen
258 Asylbewerber. Im Zweifel werden sie als
259 erwachsen eingestuft.

260 **Integrationsorganisationen besser** 261 **kontrollieren**

262 Wie im Zuge der Ermittlungen im Fall der
263 ermordeten Studentin durch Hussein K.
264 offengelegt wurde, werden die zuständigen
265 Betreuungsorganisationen unzureichend
266 kontrolliert und gefährden hierdurch die
267 öffentliche Sicherheit. Deshalb fordern wir
268 eine strengere Kontrolle dieser
269 Organisationen.

270 **Für eine Kultur der Freiheit und des freien** 271 **Geistes**

272 **Wir stehen für eine Kultur der Freiheit** 273 **und des freien Geistes**

274 Wir lieben unsere Freiheit, sie ist wesentlicher
275 Bestandteil unserer Kultur. Die
276 Gewährleistung unserer individuellen
277 Lebensweise liegt uns sehr am Herzen. Die
278 Kommunen müssen dafür sorgen, dass dies
279 nicht eingeschränkt wird. Männer und Frauen
280 müssen sich nach unserem Lebensstil kleiden
281 können, ohne beleidigt, angespuckt oder

282 bedroht zu werden. Jede Frau hat auch im
283 Landkreis Lörrach das Recht, jederzeit alleine
284 überall herumlaufen zu können, diese Freiheit
285 muss gewährleistet werden und darf nicht
286 durch Parallelgesellschaften eingeschränkt
287 werden.

288 **Ein klares Nein zu „No Go Areas“**

289 Es muss gewährleistet werden, dass solche
290 Straßenzüge nicht entstehen. Wenn solche
291 Viertel bereits existieren, muss hier wieder
292 Recht und Ordnung geschaffen werden -damit
293 wir uns auch dort jederzeit frei und sicher
294 bewegen können.

295 **Eine säkulare Lebensweise muss** 296 **gewährleistet werden**

297 Wir setzen uns ein für die Gewährleistung
298 unseres säkularen Lebensstiles, das
299 Aufdrängen von religiösen Vorstellungen
300 lehnen wir entschieden ab.

301 Wir lassen uns nicht von externen Verbänden
302 bezüglich unserer Lebensweise, Kultur,
303 unserer Heimat oder unserer Weltanschauung
304 bevormunden -wir sind souverän!
305 Ausländische Verbände haben sich unserer
306 Gesellschaft und unseren Gesetzen
307 anzupassen und nicht umgekehrt.

308 **Das Autofahren ist Teil unserer Kultur**

309 Ein wesentlicher Bestandteil der deutschen
310 Freiheitskultur ist das Autofahren, wir sind
311 gegen weitere Schikanen gegenüber
312 Autofahrern. Wir sind gegen Fahrverbote, wir
313 sind gegen die Maut. Wir sind auch gegen den
314 inflationären Aufbau von stationären Blitzern.
315 Wir lieben den Diesel, er ist Teil unserer
316 deutschen Kultur: umweltfreundlich und
317 effizient, so wie wir selbst.

318 --- **Bildung und Kultur**

320 **Bildungskultur**

321 Wir unterstützen die Besinnung auf Heimat,
322 regionale Kultur, Umwelt und die Bildung
323 eines gesunden Nationalbewusstseins, ohne
324 einseitige Geschichtsverengung. Wir leben im

325 Jahre 2019! Wir können stolz auf deutsche
326 Erfindungen, Literatur, Architektur und
327 andere Errungenschaften sein und müssen uns
328 von der Kultur des Selbsthasses distanzieren.
329 Es ist definitiv keine Schande, deutsch zu
330 sein. Es liegt an jedem von uns, mit einer
331 gesunden und vernünftigen Grundeinstellung,
332 die Zukunft ins Auge zu fassen und das Leben
333 hier angenehmer zu gestalten. Das gute Leben
334 wird uns nicht geschenkt, wir müssen es uns
335 selbst beibringen, die Basis dafür wollen wir
336 in einer reformierten Bildungskultur liefern.

337 Kinder sind unsere Zukunft, weshalb in den
338 Schulen und Kindergärten konsequent
339 schädlichen Einflüssen, wie Gewalt,
340 Mobbing, politischer und religiöser
341 Propaganda, Einhalt geboten werden muss.
342 Dies soll auch durch empfindliche Strafen,
343 wie Sozialstunden, sichergestellt werden. Wir
344 stehen für eine generationsüber-greifende und
345 naturverbundene Gesellschaft, in der ein jedes
346 Kind auch Kind sein darf. Wir sind dezidiert
347 gegen eine politische Indoktrinierung von
348 Kindern und setzen stattdessen auf ein
349 besseres Freizeitangebot, welches neutral und
350 aufbauend sein wird. Eine Frühsexualisierung
351 ist Kindesmiss-handlung und schädigt
352 nachhaltig die Seele eines jeden Kindes.

353 **Mehr Soziales in der Bildung**

354 Die aktuelle Schulbildung vernachlässigt die
355 sozialen Aspekte. Wir wollen, dass Praktika in
356 Pflegeheimen und andere Projekte, um Alten,
357 Kranken und Behinderten zu helfen, in die
358 reguläre Bildung integriert werden. Nicht
359 jeder Mensch hat das Privileg, sich einer
360 absoluten Gesundheit zu erfreuen, und in dem
361 Maß an der Gesellschaft teilzuhaben, wie er es
362 möchte. Auch diese Menschen sind ein
363 wichtiger Teil unserer Gesellschaft und
364 verdienen es, wahrgenommen und beachtet zu
365 werden. Über jene Sorgen und Nöte im
366 altersgerechten Umfang zu informieren,
367 steigert das Mitgefühl und das Bewusstsein
368 der Schüler und wird auf längere Sicht die
369 Gesellschaft verbessern. Derartige Praktika
370 entlasten zudem die Pflegekräfte und
371 sensibilisieren bzgl. deren Leistungen. Über
372 die Generationen hinweg kann dadurch
373 voneinander gelernt werden.

374 **Das Erkunden und Schätzen-Lernen der** 375 **eigenen Region**

376 Wir sind für mehr Exkursionen und Schul-
377 ausflüge in die nahegelegene Umwelt, die

378 einheimischen Betriebe und Museen. In der
 379 eigenen Nachbarschaft gibt es viel zu
 380 entdecken und in der Natur gibt es viel mehr
 381 zu sehen und zu erleben, als vielen bewusst
 382 ist. Der Weg in die Natur ist ein essentieller
 383 Gegenpol zur Digitalisierung. Wir verfügen in
 384 unserem Landkreis über etliche
 385 Naturschauplätze, Denkmäler, Freizeit-
 386 angebote und Relikte aus der Vergangenheit.
 387 Auch zahlreiche Spazier-, Rad- und
 388 Wanderwege existieren in unserem Landkreis,
 389 viele Menschen sind sich diesem Angebot
 390 überhaupt nicht bewusst. Selbst prominentere
 391 Orte, von kulturellem und
 392 naturgeschichtlichem Interesse, sind längst
 393 nicht allen Einheimischen bekannt- dies
 394 wollen wir ändern.

395 **Förderung regionaler Dialekte**

396 Dialekte sind Teil unserer Identität, ihrer
 397 Erhaltung sind wir verpflichtet. Wir fordern
 398 zusätzliche und freiwillige Arbeits- und
 399 Projektgruppen, die die jeweilige
 400 alemannische Varietät an allen Kindergärten
 401 und Schulen einbringen. Dies kann
 402 beispielsweise in Gedichts-, Lieder- oder
 403 Theatergruppen erfolgen. Ähnlich wie im
 404 Elsass oder anderen europäischen Regionen
 405 würden wir auch Ortsschilder mit der
 406 offiziellen Landessprache und dem kursiv
 407 gedruckten einheimischen Dialekt fordern (zB
 408 Schopfheim / *Schopfe*, Rheinfelden /
 409 *Rhyfælde*, Maulburg / *Muulburg*). Dies wäre
 410 ein Projekt, in dem sich die Ortsansässigen
 411 einbringen und die regionale Kultur fördern
 412 und bewahren könnten. „Zweisprachige“
 413 Ortsschilder würden unsere Region auch
 414 touristisch aufwerten.

415 **Keine Gemeinschaftsschulen in Lörrach**

416 Gemeinschaftsschulen führen zu einer
 417 Leistungsneivellierung und werden den
 418 unterschiedlichen Anforderungen der Schüler
 419 nicht gerecht. Wir setzen uns dafür ein, dass
 420 keine weiteren Gemeinschafts-schulen im
 421 Landkreis eingerichtet werden. Keine
 422 Experimente mit unseren Kindern!

423 **Kultur- und Kunstzentren fördern**

424 Wir fördern Kulturzentren nur, wenn sie sich
 425 politisch und religiös neutral verhalten. Wir
 426 fordern ein Kooperationsverbot kommunaler
 427 Einrichtungen (z.B. Jugendzentren) mit ex-
 428 tremistischen Vereinigungen, wie beispiels-
 429 weise der Antifa und ihren Untergruppen.

430 Die bildende Kunst erachten wir als besonders
 431 wichtig: sie bereichert jedes Individuum,
 432 schafft einen Sinn für Ästhetik und ermöglicht
 433 das Schaffen eigener Werke. Dies wird aktuell
 434 nicht zu Genüge gefördert und treibt unsere
 435 Gesellschaft in die Degeneration und bewirkt
 436 eine innere Armut. Um diesem Zerfall Einhalt
 437 zu gebieten, wollen wir über die kommunale
 438 Ebene öffentliche Räume für die bildenden
 439 Künste schaffen. Dies soll für jede Generation
 440 und auch generationsüber-greifend sein. Hier
 441 wäre auch ein guter Platz für Diskussions-
 442 und Buchrunden.

443 **Kostenfreie Kitas**

444 Wir fordern kostenfreie Kitas im Landkreis.
 445 Viele Berufstätige in der Region würden ihren
 446 Kinderwunsch erfüllen können, würden die
 447 Kita-Gebühren nicht, wie in vielen Fällen ein
 448 Drittel des Einkommens aufzehren. Daneben
 449 sollte die Erziehung zu Hause gefördert
 450 werden.

451 **Keine Frühsexualisierung in Bildungs- 452 einrichtungen**

453 Kinder müssen das Recht darauf haben,
 454 Kinder sein zu dürfen, ohne mit
 455 Erwachsenenthemen belästigt zu werden.
 456 Jedes Kind muss -frei von schädlichen
 457 Einflüssen- spielerisch die Welt erkunden
 458 können, ohne mit sexuellen Themen und
 459 Konzepten konfrontiert zu werden.
 460 „Frühkindliche Inklusionspädagogik“, wie im
 461 Falle der in Berlin verteilten Kita-Broschüre
 462 (Zielgruppe Kinder im Alter zwischen 1 und 6
 463 Jahren) „*Murat spielt Prinzessin, Alex hat
 464 zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben*“,
 465 betrachten wir als auferzwungene
 466 Indoktrinierung zu Lasten der Kinderseelen
 467 und des Kindeswohls. Kinder müssen vor
 468 solchen schädlichen Einflüssen auf jeden Fall
 469 geschützt werden. Sexualpraktiken, sexuelle
 470 Vielfalt und dergleichen sind Themen für
 471 Erwachsene, definitiv nicht für Kinder.

472 **Schluss mit Genderisierung in der Amts- 473 sprache**

474 Wir sind gegen auferzwungene neue
 475 Sprachnormen im Geiste diverser Ideologien.
 476 Die Veränderung der deutschen Sprache
 477 durch Sprachvorgaben, wie die vermeintlich
 478 geschlechtergerechte Sprache durch
 479 sogenanntes „*Gendern*“, läuft dem natürlichen
 480 Sprachwachstum entgegen und verursacht nur

481 unnötigen Aufwand. Im Schriftverkehr der
482 Lörracher Behörden und Ämter soll daher der
483 generische Maskulin verwendet werden.

484 **Reaktivierung des Jugendgemeinderats**

485 Wir fordern die Einführung eines Jugend-
486 gemeinderats für Lörrach, dessen Vertreter in
487 einem neu zu schaffenden, gemeinsamen
488 Gremium mit Vertretern des Gemeinderats
489 diskutieren. Dies fördert das Demokratie-
490 verständnis und die Bürgerbeteiligung.

491 **Bürokratieabbau für kulturelle Angebote**

492 Die bürokratischen Hürden für Vereine und
493 kulturelle Angebote müssen gesenkt werden.
494 Die Gebühren, wie sie beispielsweise beim
495 Lörracher Straßenfest anfallen, müssen den
496 Vereinen angemessen gesenkt werden. Bisher
497 wurden eher die Gebühren erhöht, und die
498 Sicherheitsvorschriften verschärft. Dies
499 überfordert viele Vereine, und behindert deren
500 Projekte.

501 **Sportförderung**

502 Wir fordern Breitensportförderung, insbe-
503 sondere für Kinder und Jugendliche, zwecks
504 der Vertiefung des gemeinschaftlichen
505 Erlebnisses.

506 **Übertragung der Kreisratssitzungen ins 507 Internet**

508 Wir fordern die Übertragung der Kreisrats-
509 sitzungen ins Internet. Dies erhöht die
510 Transparenz des Kreistages und senkt die
511 Abhängigkeit der Bürger von der Lokal-
512 presse. Redebeiträge der Kreisräte und deren
513 Anträge sollen in einer leicht zu hand-
514 habenden Mediathek stets abrufbar sein.

515 **Wohnen und Identität**

516 **Historische Gebäude sind unsere Identität**

517 Bauwerke sind Kulturgut und haben einen
518 ganz besonderen Stellenwert: sie sind das
519 Aushängeschild unserer Kultur. Wir tragen
520 die Verantwortung, diese Bauwerke der
521 Nachwelt zu erhalten. Leider wurden sie in
522 den letzten Jahren zunehmend auf ihren
523 materiellen Wert reduziert, während ihr
524 ideeller Wert komplett verkannt wurde.
525 Immer häufiger wurden und werden sie durch

526 Einheits- und Zweckbauten ersetzt. Hierbei
527 ging bereits ein beachtlicher Teil alter
528 Bausubstanz unwiederbringlich ver-loren,
529 dieser Trend hält an. Das Uehlin Areal und
530 historische Textilfabriken gehören zu unserer
531 Wiesentäler Identität. Während ein
532 erschreckender Teil der Textilfabriken, wie
533 z.B. Zeller „Webi“ bereits abgerissen und
534 gesprengt wurde und nun ein Parkplatz und
535 zwei Supermärkte das Stadtzentrum prägen,
536 wird seit Jahren nicht wirklich etwas zum
537 Erhalt des ortsbildprägenden und histo-rischen
538 Uehlin Verlagshauses in der Schopfheimer
539 Innenstadt getan. Jahrelang war es
540 ungeschützt der Zerstörungswut unbefugter
541 Besucher und der Elemente ausgeliefert, sein
542 parkähnlicher Garten und seine stilvollen
543 Nebengebäude fielen längst der Abholzung,
544 dem Abriss und einer Neubebauung zum
545 Opfer, während die beiden verbliebenen
546 Vordergebäude lediglich als Ballast
547 dargestellt werden, die aktuellen Bauvorhaben
548 im Wege stehen.

549 Wir wollen eine Wende erzielen und der alten
550 Bausubstanz im Landkreis die Priorität geben,
551 die sie verdient. Dem Abriss- und
552 Neubauwahn treten wir entschieden entgegen.

553 Leerstehende Gebäude sind definitiv keine
554 endgültigen Schandflecke, die zum Abriss
555 freigegeben sind, sondern Orte mit Potential.
556 Jeder „Schandfleck“ kann durch eine
557 angemessene Nachnutzung wieder zum
558 „Schmuckstück“ werden. Wir setzen uns für
559 das Finden geeigneter Nachnutzungen ein.

560 Unsere Devise lautet: schützen und erhalten,
561 anstatt zu vernichten

562 **Modernisierungen nur mit Sinn und 563 Verstand unter Wahrung des Ortsbildes.**

564 Ein harmonisches und gewachsenes Stadt-bild
565 fördert die Lebensqualität der Bürger und die
566 Attraktivität einer Gemeinde. Es stärkt die
567 Identifikation der Bürger mit ihrem Wohnort
568 und schafft somit Heimat. Mittlerweile ähnelt
569 leider ein beachtlicher Teil der Kommunen
570 des Landkreises eher einem disharmonischen,
571 heruntergekom-menen und ungeliebten
572 Mischmasch. Ein schönes Ortsbild schafft
573 Identität und Wohlbefinden, dies muss
574 gefördert werden. Wir setzen uns für eine
575 strenge Gestaltungsverordnung ein, welche
576 vorsieht, die verbliebene alte und
577 ortsbildprägende Bausubstanz zu erhalten.

578 Modernisierungen können auch unter
579 Berücksichtigung alter Bauten stattfinden.
580 Viele Altbauten wurden über lange Zeit
581 vernachlässigt, sie haben ein verkanntes
582 Potential und dieses wollen wir in die
583 öffentliche Wahrnehmung bringen. Zudem
584 werden wir Druck aufbauen, damit marode
585 Gehwege und Straßen angemessen saniert
586 werden.

**587 Ein klares Nein zu Großbauprojekten, die
588 das Orts- oder Landschaftsbild auf Dauer
589 beeinträchtigen.**

590 Wir fordern Volksabstimmungen bei
591 Großprojekten. Ebenso lehnen wir jegliche
592 Geldverschwendung für Prestigeobjekte auf
593 Kosten der Steuerzahler entschieden ab.

594 Stärkung des Denkmalschutzes

595 Industriedenkmäler und unsere Stadtbilder
596 machen unseren Kreis so einzigartig, sie
597 müssen besonders geschützt werden. Die
598 barocken Wehrschanzen im Kleinen
599 Wiesental müssen bleiben und dürfen keinem
600 Windpark geopfert werden. Ein unbedingtes
601 Bleiberecht für Mahnmäler und
602 Gefallenendenkmäler an Ort und Stelle! Kein
603 Abriss von intakten Bauwerken, wie der
604 Fußgängerbrücke Rheinfelden, unter dem
605 Deckmantel der Modernisierung! Mit uns
606 hätte es den unnötigen Abriss des alten
607 Maschinenhauses des Rheinfeldener
608 Wasserkraftwerks nicht gegeben.

609 Senkung energetischer Anforderungen

610 Die energetischen Anforderungen für die
611 Sanierung, Instandhaltung und Nachnutzung
612 von Altbauten sind sehr hoch, kostenintensiv
613 und in vielen Fällen wenig effizient. Oftmals
614 führen sie lediglich zu erheblichen Miet- und
615 Betriebskostensteigerungen. Viele Altbauten
616 werden durch nachträgliche Dämmarbeiten zu
617 Schimmelbrutstätten, oder werden ihrer
618 individuellen Außenfassade beraubt. Oftmals
619 werden Eigentümer regelrecht zur
620 energetischen Sanierung gezwungen.
621 Letztendlich verführen diese, bei Altbauten
622 oftmals nicht zu erreichenden,
623 Energievorschriften viele Eigentümer zum
624 Abriss und anschließenden Neubau. Hier wird
625 aus grün-ideologischen Klimaschutz-gründen
626 intakte Bausubstanz vernichtet. Wir fordern
627 zum Erhalt bestehender Bausubstanz und der
628 Umwelt zuliebe diese Anforderung-en
629 sinnvoll zu senken.

**630 Für nachhaltige und ganzheitliche
631 Baukonzepte**

632 Baupolitik darf nicht einseitig gedacht
633 werden, sondern muss soziale, ökologische
634 und ästhetische Aspekte, sowie die Interessen
635 der Anwohner, als auch der Bauträger
636 miteinbinden. Eine einseitige Fokussierung
637 auf eine reine Wohnraum- oder
638 Profitmaximierung lehnen wir strikt ab. Die
639 Städte im Landkreis sind im Wachstum
640 begriffen. Eine allgemeinverträgliche Form
641 der Innenverdichtung von Städten ist der
642 Dachausbau, sowie in manchen Fällen das
643 Aufstocken von Gebäuden. Der Landkreis
644 muss zusätzlich Anreize schaffen, um den
645 Dachausbau zu fördern. Geeignete Maßnah-
646 men wären beispielsweise eine Beschleuni-
647 gung des Genehmigungsprozesses oder die
648 Befreiung von einzelnen Bauauflagen.

649 Bei ortsbildverändernden städtebaulichen
650 Maßnahmen muss von Anfang an die
651 Bevölkerung informiert werden -und nicht
652 erst, wenn alles bereits von langer Hand im
653 Hinterzimmer geplant und entschieden wurde.
654 Bisher werden Anwohner lediglich vor
655 vollendete Tatsachen gestellt, dem wollen wir
656 entgegenreten. Die betroffenen Anwohner
657 und ggf. Bürgervereine müssen frühzeitig in
658 die Planung miteingebunden werden und auch
659 effektiv mitzuentcheiden haben. Bei
660 Großprojekten wie dem Neubau eines ganzen
661 Stadtviertels sehen wir Bürgerentscheide als
662 obligatorisch an. Unter keinen Umständen
663 dürfen Baudenkmäler Großbauprojekten
664 weichen, bzw. von ihnen verdrängt werden.

665

**666 Kein Verkauf von städtischen Bauflächen
667 an den Meistbietenden**

668 Sollte die Stadt Bauflächen verkaufen, so
669 fordern wir, dass diese Flächen nicht mehr an
670 den Meistbietenden verkauft werden, sondern
671 an denjenigen, der das Konzept vorlegt,
672 welches am besten auf die bereits bestehende
673 Bausubstanz eingeht und die Neubauten den
674 benachbarten Gebäuden harmonisch anpasst.
675 Ebenso muss das Konzept dem Bedarf und
676 der Wohnungs-nachfrage angemessen sein. So
677 werden die Mieten gesenkt und ein gemeinde-
678 verträglicher Städtebau vorangetrieben.

679 Wohnungen für sozial Schwache dürfen nicht
680 auf bestimmte Straßen, bzw. Häuserzeilen
681 oder Viertel begrenzt sein, dies schafft

682 Randgesellschaften und Problem-bezirke. Um
683 Sozialwohnungen zu schaffen, bevorzugen
684 wir den Ausbau von Dach-geschossen oder
685 ehemaligen Geschäften in bestehenden
686 Gebäuden.

687 Leerstehende Büro-, Fabrik-, Klinik- oder
688 Hotelbauten können ebenfalls in Wohnraum
689 umfunktioniert werden. Es bedarf auch hier
690 keinen Abriss von Leerständen.

691 **Anschlussunterbringung aussetzen**

692 Die verpflichtende Anschlussunterbringung
693 für Asylsuchende stellt die Kommunen vor
694 hohe finanzielle Herausforderungen. Um
695 diese finanzielle Last zu senken und etwas
696 Druck vom Wohnungsmarkt – gerade im
697 günstigeren Wohnraumsegment – zu nehmen,
698 fordern wir, die Anschlussunter-bringung
699 auszusetzen und die Asylsuchend-en vorerst
700 in den Gemeinschaftsunterkünften zu
701 belassen. Die bisher übliche rasche
702 Anschlussunterbringung betrachten wir als
703 fatal, da dies Angehörigen in den Heimat-
704 ländern unnötige Anreize zur Migration nach
705 Deutschland schafft.

706 **Asylunterkünfte in Sozialwohnungen umwandeln**

708 Wir fordern den unreglementierten Zuzug von
709 Migranten zu stoppen und eine konsequente
710 Abschiebung abgelehnter Asyl-bewerber. Die
711 dann, für den Weiterbetrieb geeigneten,
712 freiwerdenden Asylunterkünfte sollen für den
713 sozialen Wohnungsbau verwendet werden.
714 Bei Sozialwohnungen müssen Behinderte,
715 Alte und Kranke bevorzugt behandelt werden.

716 **Vorzug der Wohnungssicherung vor der Anschlussunterbringung**

718 2014 waren in unserem Kreis 2375 Menschen
719 wohnungslos. 2016 befanden sich 127
720 Haushalte in der Beratung der Fachstelle
721 „Wohnungssicherung Lörrach“. Aktuell
722 befinden sich schätzungsweise rund 160
723 einkommensschwache Haushalte, wel-che von
724 Räumungsklagen und Überschul-dung
725 bedroht sind, in Beratung der Fachstelle
726 Wohnungssicherung. Einige Personen stehen
727 kurz vor der Obdach-losigkeit. Diese sollen
728 der nachrangigen An-schlussunterbringung
729 vorgezogen werden.

730 **VERKEHR & INFRASTRUKTUR**

731 **Keine Dieselfahrverbote in Lörrach**

732 Wir lehnen Dieselfahrverbote entschieden ab.
733 Diesel ist umweltfreundlich und effizient.
734 Diese willkürlichen und EU-gemachten
735 Grenzwerte von 40 µg/m³ für Stickoxide sind
736 wissenschaftlich nicht haltbar. Viele
737 Messstationen in Deutschland sind
738 vorschriftswidrig aufgestellt. Die faktische
739 Enteignung der betroffenen Bürger durch die
740 Fahrverbote leisten keinen, bzw. nur einen
741 minimalen Beitrag zur Luftreinheit.

742 **Tempo-30-Wahn beenden**

743 Die Ausweitung der 30er Zonen auf
744 Durchgangsstraßen akzeptieren wir nicht.
745 Prominentestes Beispiel 2018: Tempo 30 auf
746 der B317 in Schönenbuchen, Schönau.
747 Durchgangsstraßen müssen unbehindert
748 befahrbar sein, das bedeutet auch Tempo 50
749 innerorts. Auch die Geschwindigkeits-
750 begrenzung von 50 km/h auf der B317, Höhe
751 Höllstein sollte überprüft werden. Die aktuelle
752 Gängelung der Autofahrer sehen wir als
753 unnötig an und wollen sie rückabwickeln.
754 Eine weitere Ausweitung der Tempo 30
755 Zonen innerorts, wie von den Grünen
756 gefordert, lehnen wir ohne Begründung, wie
757 durch Schulen und Kindergärten, strikt ab. Ein
758 sicherer Fußgängerverkehr sollte vielmehr
759 durch den Ausbau von Zebrastreifen,
760 Verkehrsinseln und ähnlichem erfolgen.

761 **Freie Fahrt in Innenstädten**

762 Die Durchfahrtsbeschränkungen in Städten,
763 wie Lörrach, nehmen bedrohliche
764 Dimensionen an. Eine hohe Verkehrs-
765 belastung wird hauptsächlich durch die
766 Parkplatzsuche verursacht. Wir fordern die
767 freie Durchfahrt und die Schaffung
768 ausreichender bezahlbarer Parkplätze.
769 Öffentliche Parkplätze müssen daher auch bei
770 Umgestaltungen oder Neubauten erhalten,
771 bzw. ersetzt werden. Die hohe Anzahl von
772 Sonderparkplätzen sollte auf den Prüfstand
773 gestellt werden.

774 **Stationäre und mobile Blitzer auf den Prüfstand**

776 Wir werden im Kreisrat sämtliche Blitzer im
777 Landkreis auf den Prüfstand stellen und auf

778 deren Notwendigkeit und Rechtssicherheit
 779 überprüfen lassen. Blitzer sollen
 780 Verkehrssicherheit herstellen und nicht die
 781 kommunalen Kassen füllen. Ebenso soll das
 782 mobile Blitzen nur noch an signifikanten
 783 geschwindigkeitsinduzierten Unfallstellen und
 784 vor Bildungs- und Sozialeinrichtungen
 785 möglich sein.

786 Ausbau der B317

787 Wir möchten uns beim Bund dafür einsetzen,
 788 dass die B317 drei- bis vierspurig ausgebaut
 789 wird, zumindest auf der Strecke LÖ-Stetten
 790 bis Schopfheim. Zudem sollen
 791 autobahnähnliche Anschlussstellen wie an der
 792 B317 Höhe Maulburg zur Regel werden.
 793 Ampeln und Abbiegespuren, wie am
 794 Hasenloch oder Kreisverkehre wie in Steinen,
 795 sollen auf der B317 bald der Vergangenheit
 796 angehören. Das erhöhte Verkehrsaufkommen
 797 der letzten Jahre mit vielen Staus im
 798 Berufsverkehr, sowie der Bau des
 799 Zentralklinikums in Steinen/ Entenbad,
 800 machen dies notwendig, um ein
 801 Verkehrschaos zu vermeiden.

802 Ausbau der A5

803 Wir möchten uns beim Bund dafür einsetzen,
 804 dass die A5 zwischen Weil am Rhein und
 805 Offenburg, wie ab Offenburg nach Norden, 6-
 806 spurig ausgebaut wird. Das erhöhte
 807 Verkehrsaufkommen und die damit
 808 verbundenen Pendlerstaus machen unsere
 809 Region unattraktiv. Zudem soll der
 810 Grenzübergang Weil am Rhein-Basel eine
 811 separate Zollabfertigungsspur für den LKW-
 812 Verkehr erhalten, um unnötige Geschwin-
 813 digkeitsbeschränkungen aufzuheben und um
 814 der Verkehrssicherheit Rechnung zu tragen.
 815 Der Verkehrsfluss an der Grenze ist zu
 816 beschleunigen. Die 120 km/h auf der Strecke
 817 Bad Bellingen-Freiburg muss an ungerecht-
 818 fertigten Stellen abgeschafft werden.

819 Weiterbau der A98

820 Wir möchten uns beim Bund dafür einsetzen,
 821 dass die A98 schleunig weitergebaut wird, um
 822 den Anschluss an die Bodensee-Region und
 823 die deutsche Alpenregion zu ermöglichen. Sie
 824 soll zudem die überlastete B34 entlasten und

825 das Zentralklinikum anbinden. Bei
 826 Uneinigkeit beim Trassenbau soll ein
 827 Bürgerentscheid durchgeführt werden.

**828 Fake-Baustellen verbieten, Baufortschritt
 829 beschleunigen**

830 Dem vermehrten Auftreten von
 831 Geschwindigkeitsbegrenzungen durch
 832 zeitweise Baustellen muss Einhalt geboten
 833 werden. Warnbaken am Rand der Fahrbahn
 834 rechtfertigen dies nicht. Beispielsweise
 835 behinderte eine solche Fake-Baustelle auf der
 836 Zollfreien B317, zwischen Lörrach und Weil
 837 am Rhein, monatelang den Verkehr.

838 Bauaufträge sollen nicht an den günstigsten,
 839 sondern an den Bewerber vergeben werden,
 840 welcher bezüglich vergangener Einhaltung
 841 des Fertigstellungstermins und des
 842 Kostenrahmens am zuverlässigsten arbeitete.

843 Bahnlinien ausbauen

844 Wir setzen uns für einen durchgängigen
 845 zweigleisigen Ausbau der Wiesentalbahn
 846 zwischen Lörrach und Schopfheim ein. Fünf
 847 Minuten Umsteigezeit am Basel Bad. Bf. vom
 848 RE von Freiburg auf die S6 nach Zell, sowie
 849 die RB nach Waldshut, ist während des
 850 Feierabendverkehrs nahezu utopisch. Das ist
 851 eine Zumutung für Bahnpendler. Wir fordern
 852 eine Verdopplung der Umsteigezeit durch
 853 Fahrplananpassungen. Die Gewähr-ung eines
 854 Anschlusszuges muss auch im Nahverkehr
 855 betreiberübergreifend sicher-gestellt werden.
 856 Wir unterstützen eine Fortsetzung der S5 bis
 857 nach Müllheim, um den Landkreis über die
 858 Bahn besser an die Rheintalgemeinden und
 859 das französische Mühlhausen anzubinden.
 860 Wir setzen uns für eine zeitgemäße
 861 Elektrifizierung der Hoch-rheinbahn ein. Um
 862 die Wohnungssituation in den Städten des
 863 Landkreises zu verbessern und das Wohnen
 864 im Umland attraktiver zu gestalten, muss der
 865 Nahverkehr in umliegenden Gemeinden
 866 verbessert werden.

867 ÖPNV für junge Leute

868 Um Lörrach für junge Menschen attraktiver
 869 zu gestalten, fordern wir nächtlichen ÖPNV.
 870 Dies lässt sich unter anderem durch zwei

871 Nachtfahrten der S6 in beide Richtungen der
872 Wiesentalbahn realisieren.

873 **Bezahlbarer ÖPNV**

874 Um den ÖPNV attraktiver zu gestalten,
875 fordern wir ein Kurzstreckenticket nach dem
876 Vorbild größerer Städte. Der ÖPNV wird
877 somit auch für Gäste und Gelegenheitsfahrer
878 attraktiver. Der Preis soll ca. 1€ betragen.
879 Zudem sollen die Preise für die Monatskarten
880 der RVL gesenkt werden. Darüber hinaus
881 sollen Karten, welche bis zu zwei Zonen der
882 Nachbarverbände beinhalten, eingeführt
883 werden.

884 **Bürgerbeteiligung bei Fahrplänen**

885 Wir fordern bürgerliche Beteiligung und
886 transparente Fahrplanverhandlungen.

887 **Investitionsstau auf der Schiene angehen**

888 Wir setzen uns für zeitgemäße und
889 notwendige Investitionen in die regionalen
890 Schienenwege ein.

891 **Radverkehr sinnvoll gestalten**

892 Das Fahrrad, insbesondere in seiner
893 elektrischen Version, wird ein immer
894 beliebteres Fortbewegungsmittel im Landkreis
895 Lörrach. Wir setzen uns für den Ausbau des
896 Radnetzes ein. Von der Vorstellung, man
897 könne in unserer ländlichen Region ein
898 Großteil der Berufspendler motivieren
899 ganzjährig aufs Rad umzusteigen, sollte man
900 sich lösen. Fahrradwege sollten in
901 Nebenstraßen oder separat geführt werden,
902 um Verkehrs-beeinträchtigungen auf
903 Durchgangsstraßen zu vermeiden.
904 Kostspielige Radschnellwege sehen wir
905 kritisch.

906 **Schnelles Internet im Landkreis**

907 Wir fordern eine umgehende flächen-
908 deckende Mobilfunk-Abdeckung für ein
909 schnelles Internet, nach G4-Standard, im
910 ganzen Landkreis. Daneben soll der
911 Breitbandausbau beschleunigt werden.

912 **WIRTSCHAFT & FINANZEN**

913 **Asylkosten zurückverweisen**

914 Wir wollen die Kosten der widerrechtlichen
915 Grenzöffnung 2015 nicht weitertragen. Dieses
916 wirtschaftliche, soziale und sicher-
917 heitspolitische Minusgeschäft hat der Bürger
918 zu Recht in der Vergangenheit an den
919 Wahlurnen abgestraft. Wir setzen uns für die
920 Rückverweisung der Kosten an Land und
921 Bund ein.

922 **Energie- und Verkehrswende evaluieren**

923 Die auf Vermutungen und Ideologie
924 beruhende Energie- und Verkehrswende darf
925 nicht unsere heimische Wirtschaft schwächen.
926 Wir fordern einen Ausstieg aus der Energie-
927 und Verkehrswende.

928 **Standortbedingungen für die Industrie und 929 Wirtschaft verbessern.**

930 Wir fordern günstige Strompreise und
931 bezahlbaren Wohnraum für die dafür
932 erforderlichen Fachkräfte.

933 **Gerechtigkeit an der Grenze schaffen**

934 Preissteigerungen und Verkehrsüberlastung
935 durch Grenznähe müssen eingedämmt
936 werden. An der schweizerisch-französischen
937 und der schweizerisch-italienischen Grenze
938 gilt die Steuerrückerstattung erst ab 175.01€,
939 bzw. 154.95€ Mindesteinkauf. Für
940 Deutschland gilt kein Mindestbetrag. Von der
941 Schweiz in Richtung EU gelten 300 Chf
942 Mindesteinkaufwert. Wir setzen uns für eine
943 Bagatellgrenze von 100€ ein. Dies schränkt
944 den Einkaufs- und Spartourismus ein, was zu
945 einer erheblichen Entlastung der grenznahen
946 Straßen, Grenzübergänge und des
947 Preisniveaus beiträgt.

948 **Abschied von den utopischen Klimazielen 949 des Kreises**

950 Die selbstgesteckten Klimaziele des
951 Landkreises sind utopisch. Wir müssen
952 Umweltverschmutzung und Klimawandel
953 strikt trennen. Den Klimawandel kann weder
954 die Menschheit, noch der Kreis Lörrach
955 aufhalten. Sinnvolle Nutzungen von
956 erneuerbaren Energien soll der Kreis
957 bereitstellen. Wir lehnen die Agenda, sowie
958 die Existenz, der Klimaagentur des
959 Landkreises ab. Anstatt weiter sinnlos, z.B.

960 durch Gutachten, Geld auszugeben und
 961 Partikularinteressen von Klimalobbyisten das
 962 Wort zu reden, sollte die Stadt sich lieber
 963 darum kümmern, wie man die Bürger auch in
 964 Zukunft sicher und vor allem günstig mit
 965 Strom versorgen kann.

966 **Wirtshaussterben beenden**

967 Immer häufiger können traditionsreiche
 968 Wirtshäuser zuvorderst in ländlichen
 969 Regionen aufgrund der, durch EU-
 970 Energiesparverordnungen und Dämmvor-
 971 schriften, erzwungenen Modernisierungen
 972 nicht weitergeführt werden. Der Landkreis
 973 sollte die Umsetzung der Richtlinien
 974 aussetzen.

975 **Regionale Produkte fördern**

976 Wir sind für den Verbleib von
 977 Handwerksbetrieben und der Agrar- und
 978 Forstwirtschaft im Landkreis. Wir bevorzugen
 979 regionale Produkte und möchten diese
 980 sinnvoll für Anbieter und Verbraucher
 981 fördern.

982 **Bodenspekulation im Lkr. unterbinden**

983 Das Bauamt muss den Ankauf von
 984 unbebauten Grundstücken durch ausländische
 985 Unternehmen und Investoren erschweren.
 986 Eine Wohnung pro Person zur Eigennutzung
 987 sehen wir als sinnvolle Begrenzung an.
 988 Ausländische Unternehmen müssen eine, dem
 989 Firmenziel über-einstimmende, Nutzung für
 990 Gebäude und Grundstücke nachweisen.

991 **Keine weiteren Windräder im Landkreis** 992 **Lörrach**

993 Windräder sind überteuert und wirtschaftlich
 994 gesehen nicht rentabel. Immer mehr Familien
 995 wird der Strom abgeschaltet, da sie sich
 996 diesen Luxus-Ökostrom nicht mehr leisten
 997 können. Außerdem müssen für sie
 998 Industrieflächen in intakter Natur geschaffen
 999 werden, wofür etliche Bäume gefällt und
 1000 Flächen verdichtet werden müssen, was
 1001 wiederum dem Naturschutz zuwiderläuft. Wir
 1002 werden uns daher dafür einsetzen, dass keine
 1003 weiteren Windräder im Landkreis,
 1004 insbesondere im Schwarzwald gebaut werden.

1005 **Eine Kultur des Respekts gegenüber** 1006 **Tier und Natur** 1007

1008 **Die Natur in unserem Landkreis**

1009 Als wesentlich für unseren Landkreis
 1010 betrachten wir seine natürliche Beschaf-
 1011 fenheit. Unser Landkreis ist geprägt von der
 1012 großen und der kleinen Wiese, dem Wald und
 1013 den Bergen, sowie dem Rhein und der
 1014 Rheinebene. Die bei uns ansässige Tier- und
 1015 Pflanzenwelt ist mannigfaltig. Beinahe 8%
 1016 unseres Landkreises besteht aus Natur-
 1017 schutzgebieten, diese verfügen über eine
 1018 einmalige Natur- und Artenvielfalt, die
 1019 geschützt und erhalten werden muss.

1020 **Für einen Umweltschutz mit Sinn und** 1021 **Verstand**

1022 Leider wird unsere einmalige Natur immer
 1023 wieder bedroht, sei es wie im Falle des
 1024 Grenzacher Buchswaldes, der durch den
 1025 eingeschleppten Buchsbaumzünsler nahezu
 1026 abgestorben ist, oder sei es um die Bäume,
 1027 Quellen, Fledermäuse und Wildvögel, die
 1028 aktuell durch die Pläne, dort einen Windpark
 1029 zu errichten, akut bedroht sind. Es ist einfach
 1030 nur paradox, Stollen mit Fleder-mausgittern
 1031 zu versehen, die Störung der Fledermäuse
 1032 während den Wintermonaten streng zu
 1033 sanktionieren, während man gleichzeitig im
 1034 industriellen Stil hochsub-ventionierte
 1035 Fledermausschredderanlagen -Windparks
 1036 errichtet.

1037 **Kindliche Teilhabe am Natur- und** 1038 **Artenschutz**

1039 Wir wollen unsere Kommunalpolitik zum
 1040 Schutz unserer einheimischen Natur gestalten
 1041 und allgemein bewirken, dass vor allem die
 1042 Kinder mit einem gestärkten Bewusstsein
 1043 gegenüber unseren regionalen Naturschätzen
 1044 aufwachsen. Wir lieben unsere Heimat, die
 1045 Natur ist dabei von ganz besonderer
 1046 Bedeutung. Sie ist die Wiege unserer Kultur
 1047 und unseres Lebens.

1048 Die kindliche Wertschätzung der Natur wird
 1049 leider nicht jedem Kind vom Elternhaus aus
 1050 beigebracht, deswegen muss dies bereits im
 1051 Kindergarten, oder spätestens in der
 1052 Grundschule, oder in Vereinen erfolgen. Ein
 1053 wichtiger Schritt hierbei ist das Kennen-
 1054 lernen der einheimischen Pflanzen und Tiere,
 1055 sowie der natürlichen Abläufe. Dies beinhaltet
 1056 ebenfalls die Lehre, wie man die Umwelt vor

1057 unnötigen Belastungen schützt, Müll
1058 vermeidet und angemessen entsorgt. Dies
1059 führt im späteren Leben zu einer nachhaltigen
1060 und gesünderen Lebensweise und schützt
1061 unsere Heimat vor den Exzessen eines
1062 ungebremsten und schädlichen Konsums. Ein
1063 wesentlicher Teil der Umweltbelastung und
1064 des Ressourcen-verbrauchs würde wegfallen,
1065 wenn man regionale Produkte den importieren
1066 vorziehen würde.

1067 **Bauprojekte nicht zu Lasten der Natur**

1068 Der hiesige Wald ist unser Kulturgut, wir sind
1069 für eine gewissenhafte und
1070 verantwortungsbewusste Pflege des Waldes,
1071 dies widerspricht klar den derzeitigen Plänen
1072 eines Windparks wider ökologischer und
1073 ökonomischer Vernunft. Wir fordern einen
1074 höheren Stellenwert des Tier- und
1075 Landschaftsschutzes bei Bauprojekten. Den
1076 Abriss des von Störchen bewohnten
1077 Schopfheimer Schornsteins hätte es bei uns
1078 definitiv nicht gegeben, einerseits wegen
1079 seinem Wert als Baudenkmal, andererseits
1080 wegen seiner befiederten Nachnutzung.
1081 Ebenso betrachten wir die Pläne als absolut
1082 skandalös, im Naturschutzgebiet ein
1083 Zentralklinikum zu errichten. Hätten die
1084 Verantwortlichen während ihrer Kindheit die
1085 Bedeutung der Natur und deren
1086 Wertschätzung vermittelt bekommen, hätten
1087 sie sich wahrscheinlich nicht solche Pläne
1088 einfallen lassen.

1089 **Tiere sind fühlende Wesen, wie wir**

1090 Eine Kultur des Tierschutzes ist uns besonders
1091 wichtig, da jedes Lebewesen fühlt und
1092 empfindet. Demnach lehnen wir
1093 tierquälerische Massentierhaltung ab und sind
1094 für eine Stärkung der bei uns eigentlich
1095 üblichen Weidehaltung. Die Schlachtung von
1096 Nutztieren muss in regionalen Betrieben
1097 erfolgen, um tierquälerische Tiertransporte zu
1098 vermeiden. Auch die Schlachtung selbst darf
1099 dem Tier nicht unnötige Qualen zufügen. Wir
1100 fordern deswegen die Durchsetzung des
1101 gesetzlichen Schächtverbots in unserem
1102 Landkreis und lehnen Ausnahmeregelungen
1103 entschieden ab.

1104 Wir wären Ihre Ansprechpartner, falls Sie
1105 Missstände im Umgang mit Tieren und der
1106 Natur beobachten würden und wir werden uns
1107 im Kreistag dafür einsetzen, dass diese
1108 Praktiken unterbunden werden.